



Sehr geehrter Frau Bundesrätin Amherd  
Sehr geehrte Damen und Herren

## **Stellungnahme der Piratenpartei Schweiz zum Sicherheitspolitischer Bericht 2021 (Vernehmlassung 2021/36)**

Bezugnehmend auf Ihre Vernehmlassungseröffnung vom 28. April 2021 nehmen wir gerne Stellung und würden es zukünftig sehr begrüßen, wenn wir in ihre Adressatenliste aufgenommen werden.

Im Weiteren finden wir Piraten es sehr bedenklich, dass Sie für die Stellungnahme auf eine proprietäre Software verweisen (Word der Firma Microsoft), wo es doch heute zahlreiche offene und freie Dateiformate gibt. Wir entsprechen ihrem Wunsch mit einer kompatiblen docx-Datei, welche sogar in neueren Word Versionen geöffnet werden kann. Zu unserer Stellungnahme:

### **Grundsätzliche Bemerkungen**

Die Piratenpartei Schweiz unterstützt die Prinzipien der Sicherheitspolitik Schweiz und setzt sich für Gewaltverzicht, Selbstbestimmung und die Sicherheit der Bevölkerung ein. Auf sicherheitsrelevante Entwicklungen hat die Schweiz unserer Meinung nach in den letzten Jahren viel zu träge reagiert. Das Informationszeitalter hat die Sicherheitspolitik revolutioniert, aber leider noch nicht in der Schweiz. Die Zielsetzung des Sicherheitspolitischen Berichts ist unserer Meinung nach lobenswert, weil sie diesem Defizit Rechnung trägt. Die Massnahmen, um diese Ziele zu erreichen, scheinen uns aber bisweilen ungenügend, undurchdacht und teilweise sogar kontraproduktiv.



## Stellungnahme Umsetzung der sicherheitspolitischen Ziele

Wir nehmen im Folgenden zu den vorgeschlagenen Massnahmen, welche wir für kritikwürdig oder ausbaufähig erachten Stellung.

Hinweis: Sofern wir auf Anmerkungen zu einzelnen Passagen verzichten, ist damit ausdrücklich keine Zustimmung der Piratenpartei verbunden!

### 4.1 Politikbereiche und Instrumente

#### Aussenpolitik

- Piraten befürworten die grundsätzliche Ausrichtung der Schweizer Aussenpolitik, bedauern aber zutiefst die besonders in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gesunkene Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene. Der chinesische Dissident Ai Waiwai beschrieb die Schweiz kürzlich als «den scheinheiligsten Staat der Welt"! Die neue, besonders schwammige Terrordefinition im BWIS hat diesen Imageschaden nochmals akzentuiert. Diesen Imageverlust gilt es durch eine Rückbesinnung auf die völkerrechtliche Vorbildrolle und die humanitäre Tradition der Schweiz zu korrigieren.

#### Wirtschaftspolitik

- Die Piratenpartei fordert, dass die Schweiz Knowhow und Kapazitäten zur Entwicklung und Produktion von Hardware aufbaut, um die Abhängigkeiten in diesem souveränitäts- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Bereich vom Ausland zu reduzieren. Nur eine von der Eidgenossenschaft komplett kontrollierte Supply-Chain für Produkte sicherheitsrelevanter Infrastruktur kann die Sicherheitsrisiken und Abhängigkeit ausländischer Interessen minimieren. Zu diesem Zweck unterstützen wir auch die Idee eines Eidgenössischen Cybersicherheitskompetenzzentrum für Hardware.

#### Information und Kommunikation

- Die Piratenpartei fordert die Schaffung eines neuen Departments für Digitalisierung. Die Digitalisierung ist einer der Haupttreiber unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Um den Herausforderungen und Auswirkungen, und damit auch der Sicherheit adäquat begegnen zu können, brauchen wir ein unabhängiges Department, welches ressourcenmässig den tatsächlichen Anforderungen unserer Zeit entspricht.

### 4.2.1 Stärkung der Früherkennung von Bedrohungen, Gefahren und Krisen

- Die enormen Schwächen bei der Antizipationsfähigkeit von Krisenentwicklungen der Schweiz wurde durch die Pandemie und die jüngste grobe Fehleinschätzung der Lage in Afghanistan



erneut bestätigt. Wir fordern den Aufbau von OSINT-Fähigkeiten und Datenkompetenz, lehnen aber eine Ausweitung des ausufernden, ineffizienten und der Sicherheit unserer Gesellschaft nicht zuträglichen Überwachungsstaates ab. Die Stärkung der Vertretungen der Schweiz im Ausland begrüsst die Piratenpartei.

#### **4.2.2 Stärkung internationaler Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität**

- Wir sehen eine Kandidatur im UNO-Sicherheitsrat aus neutralitätspolitischen Gründen kritisch.
- Wir begrüssen die Ausarbeitung von aussenpolitischen, regionalen und thematischen Folgestrategien.
- Militärische Kooperation mit der EU ist nur schwer vereinbar mit der Neutralität, aber die geographische Lage der Schweiz spricht dafür, sich mit der EU militärisch zu koordinieren.
- Wir fordern, dass die Beteiligung der Schweiz am Nato-Juniorclub «Partnerschaft für den Frieden» sich strikt mit dem Neutralitätsgebot der Schweiz vereinbaren lässt.
- Wir begrüssen die Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung.
- Wir begrüssen die Weiterentwicklung der Rüstungskontrolle und fordern, dass sich die Schweiz international für die Ächtung von Spyware und offensiven Cyberwaffen einsetzt.

#### **4.2.3 Verstärkte Ausrichtung auf hybride Kriegsführung**

Konventionelle Kriege gibt es kaum noch, die Schweizer Armee wirkt wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten. Die bewaffneten Konflikte der letzten Jahrzehnte waren geprägt von hybrider Kriegsführung und dieser Trend hat sich in den letzten Jahren nochmals verstärkt. Deshalb begrüsst die Piratenpartei, dass die Armee sich dieser Tatsache bewusst wird. Die Armee muss reformiert werden, um der aktuellen Bedrohungslage gerecht zu werden. Eine flexiblere und modularere Zusammenstellung der Truppen ist aus diesem Grund aus unserer Sicht zu begrüssen. Wir fordern den Aufbau von Unterstützungsfähigkeiten der Armee und des Bevölkerungsschutzes bei Cybergrossschadenslagen und eine auf defensive Fähigkeiten und Resilienz ausgerichtete Cyberstrategie.

Die Armee soll auf offensive Cyberwaffen verzichten, nicht nur weil solche den guten Ruf der Schweiz torpedieren, sondern auch aufgrund von sicherheitspolitischen Abwägungen:

- Cyberwaffen basieren auf Sicherheitslücken, welche kritische Infrastruktur gefährden, und zwar immer und weltweit.
- Die Wirkung von Cyberwaffen ist vergleichbar mit der von ABC-Waffen, welche die Schweiz ächtet.



- Attribution von Cyberangriffen ist schwierig, geschicktes Vorgehen kann es verunmöglichen die wahren Angreifer zu eruieren und aktive Gegenmassnahmen können auf Unschuldige gelenkt werden.
- Die Streuwirkung kann enorm sein.
- Es ist nicht klar wann die Kriegsschwelle völkerrechtlich überschritten wird.
- Cyber Deterrence (Abschreckungseffekt von offensiven Cyberwaffen) wird massiv überschätzt.

#### 4.2.4 Freie Meinungsbildung und unverfälschte Information

- Wir fordern eine landesweite Kampagne zur Förderung
  - der Medienkompetenz als Voraussetzung des gegenseitigen gesellschaftlichen Verstehens und faktenbasierter Diskussion. Siehe auch «Positionspapier Medienkompetenz und Jugendschutz» der Piratenpartei Schweiz <sup>1</sup>
  - der Datenkompetenz und eine stärkere Berücksichtigung dieser Fähigkeiten auf allen Bildungsstufen. Eine fundierte gesellschaftliche Datenkompetenz ist heutzutage wie Lesen und Schreiben unverzichtbar für den Erhalt der Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft wie Freiheit, Gleichberechtigung, Mitbestimmungsrecht und Teilhabe. Siehe auch «Appell für eine dringliche nationale Datenkompetenz-Kampagne»<sup>2</sup>
- E-Voting gefährdet das Vertrauen in unseren demokratischen Prozess. Bislang war es trotz massivem Ressourceneinsatz - weltweit - nicht möglich ein sicheres E-Voting System zu entwickeln. In absehbarer Zeit ist aufgrund der Komplexität der Materie, aber auch der generellen Situation bezüglich Sicherheit von IT-Systemen (Endgeräte, Netzwerkinfrastruktur und Server) nicht davon auszugehen, eine signifikante Verbesserung erwarten zu können. Wahlen und Abstimmungen sind das Herz unserer Schweizer Demokratie. Den Ergebnissen muss der Bürger jederzeit vertrauen können. Die Verschwörungstheorien über die Manipulation elektronischer Wahlsysteme bei den letzten US-Wahlen haben enormen Schaden verursacht. Siehe auch Vernehmlassungsantwort der Piratenpartei Schweiz zur «Neuausrichtung des Versuchsbetriebs der elektronischen Stimmabgabe» <sup>3</sup>
- #TaiwanCanHelp Der von China als abtrünnige Provinz bezeichnete, freiheitlich-demokratisch geprägte Inselstaat Taiwan hat ein sehr effektives Kommunikationsmanagement aufgebaut, um chinesische Beeinflussung zu kontern.
- Soziale Medien spielen eine immer grössere Rolle in der politischen Meinungsbildung. Diese können, wie der Cambridge Analytica-Skandal eindrücklich demonstriert hat, für

1 <https://www.piratenpartei.ch/2010/12/22/positionspapier-medienkompetenz-und-jugendschutz-2/>

2 <https://www.data-literacy.ch>

3 <https://www.piratenpartei.ch/thema/e-voting/>



hochmanipulative, personalisierte Propaganda missbraucht werden. Um solchen demokratiegefährdenden Entwicklungen vorzubeugen, empfehlen wir, vergleichbar mit den staatlichen Radio- und Fernsehsendern, eine staatliche Social Media Alternative.

- Stärkung der Schweiz als sicherer Hafen von Daten mittels Verbesserung des Datenschutzes und Schutz der Digitalen Unversehrtheit.<sup>4</sup>

#### **4.2.5 Verstärkung des Schutzes vor Cyberbedrohungen**

- Die Piratenpartei begrüsst die Einführung einer Meldepflicht von Cyberangriffen für kritische Infrastrukturen. Die gemeinsame Cyberlage darf aber nicht durch den Nachrichtendienst, sondern muss durch das NCSC erstellt und geführt werden. Die Cyberlage muss kontinuierlich und transparent veröffentlicht werden.

- Die Piratenpartei fordert einen Kurswechsel, um die Interessenskonflikte, die sich aus der aktuellen Cybersicherheitsstruktur der Bundesverwaltung ergeben, zu beheben. Offensiv agierende Akteure wie die Armee, die zivilen Nachrichtendienste und die Justiz verfolgen der Cybersicherheit nicht zuträgliche Interessen. Sicherheitslücken müssen sofort mit den Betreibern von kritischen Infrastrukturen geteilt werden und dürfen nicht für offensive Cyberspielchen missbraucht werden. Wir fordern ein von offensiven Akteuren unabhängiges Digitaldepartement, mit einem vollwertigen Bundesamt für Informationssicherheit.

- Die aktuelle Cyberstrategie des VBS ist nicht ausreichend defensiv und auf Resilienz ausgerichtet. Wir fordern eine Rückbesinnung auf die defensiven Grundsätze schweizerischer Verteidigungspolitik im Cyberraum.

- Das UVEK muss unserer Meinung nach stärker in die Cybersicherheitsstruktur der Verwaltung eingebunden werden. Wir erhoffen uns dadurch eine stärkere Gewichtung der Interessen der Betreiber kritischer Infrastrukturen.

- Wir fordern, dass das VBS die Fähigkeit aufbaut in einer Cybergrossschadenslage Kantone und Gemeinden subsidiär zu unterstützen.

- Die Piratenpartei unterstützt ausschliesslich den Einsatz grundrechtskonformer und verhältnismässiger Mittel im Kampf gegen digitale Kriminalität.

- Wir unterstützen den Einsatz der Schweiz in internationalen Gremien zur Klärung völkerrechtlicher Normen im Cyberraum, und pochen zusätzlich darauf, dass sich die Schweiz für die Ächtung von offensiven Cyberwaffen einsetzt.

- Wir begrüssen eine "Abteilung Digitalisierung" im EDA und die Einsetzung eines "Sonderbeauftragten Science Diplomacy" in Genf.

---

<sup>4</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Recht\\_auf\\_digitale\\_Unversehrtheit](https://de.wikipedia.org/wiki/Recht_auf_digitale_Unversehrtheit)



#### **4.2.6 Verhinderung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, organisierter und übriger transnationaler Kriminalität**

- Beim internationalen polizeilichen Informationsaustausch müssen Partnerstaaten mit Bedacht gewählt werden, und dieser soll auf Straftaten wie z.B. Terrorismus oder organisierte Kriminalität beschränkt bleiben.
- Gegen das "Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus" haben wir das Referendum ergriffen, weil die Terrordefinition absurd schwammig ist, und keine der neuen polizeilichen Massnahmen Terroranschläge verhindern können.<sup>5</sup>
- Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Erhebung und der Austausch von Flugpassagierdaten erhebliche (Daten-)Schutzprobleme mit sich brachte und eine erhebliche Fehlerquote aufwies. Aus diesem Grund sehen wir ein Bundesgesetz über die Erhebung und Nutzung von Flugpassagierdaten äusserst kritisch.
- Den Austausch von biometrischen Daten mit dem Ausland ("Prümer-Beschlüsse") lehnt die Piratenpartei ab.
- Aufgrund der humanitären Tradition der Schweiz und aus sicherheitspolitischen Gründen befürworten wir die erneute Einführung des Botschaftsasyls. Für eine sichere und geregelte Asylpolitik sind legale Wege für Asylberechtigte zwingend erforderlich. Anstatt Frontex weiter zu entwickeln, würden wir begrüssen, dass Fluchtursachen nachhaltig beseitigt werden.

#### **4.2.7 Stärkung der Resilienz und Versorgungssicherheit bei internationalen Krisen**

- Die Piratenpartei befürwortet alle Vorschläge, fordert insbesondere die technologische und industrielle Souveränität zu stärken.

#### **4.2.8 Stärkung des Schutzes vor Katastrophen und Notlagen und der Regenerationsfähigkeit**

- Wir befürworten die vorgeschlagenen Massnahmen. Das Pilotprojekt zur möglichen Einführung eines breitbandigen mobilen Sicherheitskommunikationssystems begrüssen wir ebenfalls.

#### **4.2.9 Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und des Krisenmanagements**

- Die Piratenpartei begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen, insbesondere die Priorisierung und Förderung der Digitalisierung und die bessere Integration externer Experten in das Krisenmanagement.

---

<sup>5</sup> <https://www.piratenpartei.ch/2020/10/10/referendum-gegen-das-bundesgesetz-ueber-polizeiliche-massnahmen-zur-bekaempfung-von-terrorismus-pmt-ergriffen/>



## Schlussbemerkungen

Wir beschränken uns in dieser Stellungnahme auf unsere Kernanliegen. Bei Verzicht unsererseits auf umfassende allgemeine Anmerkungen oder auf Anmerkungen zu einzelnen Regelungen, ist damit keine Zustimmung durch die Piraten zu solchen Regelungen verbunden.

Kontakt details für Rückfragen finden Sie in der Begleit-E-Mail.

---

Piratenpartei Schweiz, Arbeitsgruppe Vernehmlassungen, 18. August 2021

